

Gleiche Chancen für Kinder im „Zukunftsland“?

Armut ist auch in der Grafschaft Bentheim für Kinder ein Problem



la Nordhorn. Vom fahrradfreundlichsten Landkreis, auch zum familienfreundlichsten Landkreis. Dieses Ziel hat der CDU-Landtagsabgeordnete Reinhold Hilbers. Drei Stunden hielten Referenten am vergangenen Mittwochabend Vorträge und diskutierten Zuhörer auf Einladung der Grafschafter CDU über „Kinder und Jugendliche im Zukunftsland Niedersachsen“.

In der Grafschaft Bentheim leben 3100 Kinder in relativer Armut. Der Kinderschutzbund steckte im vergangenen Jahr symbolisch blaue Fähnchen vor das Gebäude der Kreisverwaltung. Jede Fahne stand für ein Kind, das in der Grafschaft in Armut lebt. Die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen in der Grafschaft Bentheim war auch

Thema der Diskussionsrunde, geleitet von Ewald Mülstegen.

CDU-Kreisvorsitzender Reinhold Hilbers stellte einleitend fest, dass es in der Grafschaft auf Grund des Zuzugs noch keinen Geburtenrückgang gebe. Es dürfe jedoch nicht sein, dass Frauen vor die Entscheidung „Kind oder Karriere“ gestellt würden.

Klaus Coners vom Kinderschutzbund stellte Fakten der Kinderarmut vor (Zahlen 2007): In Deutschland leben 2,5 Millionen Kinder in Armut, in Niedersachsen 225000. Als arm gilt in der EU, wer über weniger als 50 Prozent des Durchschnittseinkommens verfügt. Das wären für ein Paar mit zwei Kindern 1499 Euro im Monat und ein allein erziehendes Elternteil mit einem Kind 833 Euro. Diese relative Armut habe bei Kindern und Jugendlichen Auswirkungen auf die Ernährung, Gesundheit, Erziehung und Bildung. Außerdem habe die Armut Auswirkungen auf die Wohnverhältnisse, die Freizeitgestaltung und das gesellschaftliche sowie kulturelle Leben. Dazu gehöre kein eigenes Zimmer um sich zurückzuziehen, seltenes gemeinsames Essen, keine Unternehmungen am Wochenende und Teilnahme in Sportvereinen oder an der Musikschule. Die Folgen seien ein erhöhtes Krankheitsrisiko, Benachteiligung im Bildungssystem und eine geringe gesellschaftliche Teilhabe bis hin zur sozialen Isolation. Der Kinderschutzbund fordert daher qualifizierte Betreuungsplätze für alle Altersstufen und eine Reform des Bildungssystems mit gleichen Chancen für alle Kinder.

Die Psychologiestudentin Ulrike Ludden, die gerade ihren Abschluss in Groningen gemacht hat, nannte zu große Klassen, falsch eingeschätzte Schülerleistungen und wenig Unterstützung vom Elternhaus als Auslöser für die Überforderung von Kindern im schulischen Bereich. Die Folgen seien, dass sich die Lehrer nicht um die Stärken und Schwächen jedes Schülers kümmern könnten, das Leistungsniveau abnehme und das Klassenklima insgesamt leide. Schwächere Kinder würden gar keinen Halt mehr finden und einen schlechteren Abschluss machen.

Überforderungen im außerschulischen Bereich würden aus zu vielen Freizeitangeboten und damit zu vielen Wahlmöglichkeiten resultieren. Der dauerhafte „Freizeitstress“ sei für die Gesundheit schädlicher als schwere Schicksalsschläge. Kinder und Jugendliche würden als Folge unter Zukunftsängsten, Kopfschmerzen und Schlafstörungen leiden.

Der Vorsitzende der Kreislandjugend Grafschaft Bentheim, Hartwin Brookhuis, meinte, dass die Zukunftsängste bei der Landjugend noch nicht angekommen seien. Die Jugend und die Erwachsenen müssten sich jedoch beide um die Zukunft der Jugendlichen bemühen.

Reinhold Hilbers machte deutlich, die Grafschaft müsse wirtschaftlich erfolgreich sein, damit das Armutsrisiko sinke. Positiv sei, dass die Region in diesem Jahr die niedrigste Arbeitslosenquote in Niedersachsen habe. Außerdem senke das Kindergeld und der Kinderzuschlag, sowie eine bessere Bildung der Jugendlichen, das Armutsrisiko. Das Land setze viele Projekte um, es müsse jedoch auch Geld zur Verfügung stehen. „Wir finanzieren nichts auf Pump, weil wir den Kindern die Hypothek nicht gleich mitgeben wollen“, erklärte Hilbers.

Im Anschluss diskutierten die Zuhörer eine Stunde lang über verschiedene Maßnahmen, wobei besonderen Rang die Verbesserung der Elternbildung einnehmen müsse dazu gehöre auch die Unterstützung von Eltern durch einen Erziehungspaten. Schüler ohne Abschluss müssten bessere Chancen bekommen, lautete die allgemeine Forderung.